

Die Entente und Deutschösterreich.

Eine Anregung zur gerechten Verteilung der Staatsschuld.

Saint-Germain, 22. Juni.

Zu seinem wirtschaftlichen Teil bringt der „Temps“ folgenden Artikel:

Obgleich die Friedensverhandlungen mit Oesterreich unsere Bevollmächtigten nur in zweiter Linie beschäftigten, interessiert doch ihre Lösung den französischen Sparer und den anderer Länder, da seit langem in der alten Doppelmonarchie zahlreiche Gelder dieser Sparer angelegt wurden. Man begreift, daß sich unsere Kapitalisten die Finanzklauseln sehr genau ansehen werden, die man schließlich in den österreichischen Friedensvertrag aufnehmen wird. Der Bankrott dieses Landes würde allen seinen Gläubigern Schaden, einschließlich jener, die politisch von ihm abgetrennt wurden. Ist es denn tatsächlich möglich, daß die 6.200.000 Einwohner des neuen Oesterreich, dieses Ueberbleibsel einer Bevölkerung von 28 Millionen, der schweren Last gerecht werden sollten, die ihnen aus der alleinigen Verantwortung für eine Kriegsschuld von 68 Milliarden erwächst, wozu ein entsprechender Teil der Vorkriegsschuld von 11 Milliarden käme, angesichts der Tatsache, daß dieses neue Oesterreich noch dazu seiner hauptsächlichsten Produktionsmöglichkeiten beraubt ist. Das neue Oesterreich mit seiner Hauptstadt von 2½ Millionen Einwohnern, das im übrigen Bergland ist, scheint wie ein Kopf ohne Körper. Wien ist eine Stadt der Kunst und des Vergnügens. Das Land hat wenig Industrien, es verliert alle seine Bergwerke, es ist dazu verurteilt, ungeheuer viel zu importieren, jetzt, wo es nichts mehr hat, um die Importe zu bezahlen, seiner ausländischen Guthaben beraubt, verliert es die Gelder, die die Badegäste und Touristen in Böhmen und Tirol ließen, verliert es die Frachten und Versicherungen in der Adria. Die Aufhebung der Geldeinheit durch Stempelung der czecho-slowakischen Kronen verschärft die Lage, da sie Neuösterreich ungeheure Verluste im Wechselkurs auflegt. Diese Lage darf nicht oberflächlich beurteilt werden, wenn man nicht verderbliche Folgen nicht bloß auf den Schuldner, sondern auf ganz Europa heraufbeschwören will. Das Vorhaben, die bei der Zerstückelung der Monarchie entstandenen neuen Staaten von der Kriegsschuld zu befreien, ist ebenso ungerecht wie unvernünftig. Seit langem gilt der Grundsatz, daß die Schuld auf dem Gebiet haftet. Dieser Grundsatz ist im vorliegenden Fall besonders gebieterisch. Wir kennen den Einwand, daß nämlich die von Oesterreich getrennten Staaten niemals angehört haben, gegen die imperialistische Herrschaft der Habsburger zu protestieren, und daß sie nach deren Zerstörung sich ipso facto als frei von allen finanziellen Engagements der einstigen Monarchie betrachten. Diesem Argument kann man mit einer gewissen Berechtigung die Antwort entgegenhalten, die Clemenceau am 16. Juni an den Präsidenten der deutschen Delegation gerichtet hat.

Das deutsche Memorandum gab vor, daß das deutsche Volk durch die Revolution bewiesen habe, daß es für die Politik seiner Herrscher nicht verantwortlich war. Clemenceau hat darauf geantwortet, daß diese Aenderung die Liquidierung der Kriegssagen nicht beeinflussen könne. Die deutsche Revolution wurde aufgeschoben, bis die deutschen Heere im Felde geschlagen worden waren, bis alle Hoffnung auf den Sieg geschwunden war. Solange der Krieg dauerte, und auch vor dem Kriege, waren das deutsche Volk und seine Vertreter für den Krieg; sie haben die Kredite bewilligt, sie haben Kriegsanleihe gezeichnet, sie haben allen Befehlen ihrer Regierung gehorcht, mögen sie

auch noch so barbarisch gewesen sein, sie haben die Verantwortung ihrer Regierungen geteilt, denn wenn sie gewollt hätten, hätten sie sie jeden Augenblick stürzen können. Wenn die deutsche Regierungspolitik Erfolg gehabt hätte, so hätte sie das deutsche Volk mit ebensoviel Enthusiasmus begrüßt wie seinerzeit den Ausbruch des Krieges. Das deutsche Volk kann daher nicht verlangen, daß es, weil es nach dem Verlust des Krieges seine Regierung wechselte, den Folgen der Kriegsgeschehnisse entgehe.“ Wer kann bestreiten, daß die Lage nicht eine gewisse Ähnlichkeit mit jener der jetzt von Deutschösterreich getrennten Staaten hat? Czecho-Slowaken, Jugoslawen, Polen und Rumänen haben die kaiserlichen Anleihen gezeichnet, ihre Bankiers haben die nötige Propaganda gemacht. Vielleicht konnten sie nicht anders, vielleicht haben sich manche von ihnen beeilt, diese Papiere zu verkaufen, die sie mehr oder weniger freiwillig gekauft hatten. Nichtsdestoweniger bleibt ihre Verantwortlichkeit aufrecht. Nebenbei bemerkt: Heißt es nicht, sich selbst ruinieren, wenn man erklärt, an der Verantwortung für diese Kriegsschuld unbeteiligt zu sein, und sie den sechs Millionen Oesterreichern in Rechnung stellt, die allein nicht imstande sind, sie zu tragen? Die Besitzer solcher Schuldenpapiere, und es gibt deren viele unter den besetzten Nationen, arbeiten auf diese Art selbst auf den Bankrott ihres Vermögens hin. Fügen wir hinzu, daß viele von ihnen Depots in Wiener Banken haben, an Versicherungsgesellschaften und Kreditunternehmungen beteiligt sind, Gelder in Sparkassen haben, deren Sitz in der alten Hauptstadt der Monarchie ist und deren Portefeuilles gefüllt sind mit derartigen Anleihepapieren. Würde nicht das Aufhören der Auszahlung der Anleihecoupons alle miteinander ruinieren? Haben sie nicht ein Interesse daran, die Lasten so ungeheurer Engagements mittragen zu helfen, um das Ihrige zu retten? Die Alliierten haben die Pflicht, unter diesen Umständen ein Wort der Gerechtigkeit und der Hilfe zu leisten. Das neue Oesterreich erwartet von ihrer Seite noch Vorschläge und ein Programm. Mögen sie nicht überrascht sein, wenn Deutschösterreich mehr noch aus Geschäftssinn als aus politischer und ethischer Zuneigung den Anschluß an Großdeutschland erstrebt. Nach dem Anschluß ist die Frage des ruinösen Wechselkurses nicht mehr, weil sich die Staatsfinanzen beider Republiken vermischen. Die Aussicht ist verführerisch. Es ist die höchste Zeit für die Entente, daß sie eine Situation in ernstliche Erwägung zieht, die, wir wiederholen es, auch ihre eigenen Kapitalien nahe berührt.

Die Bedeutung dieser Auffassung.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Saint-Germain, 22. Juni.

Der „Temps“ veröffentlicht heute abend einen Finanzartikel, der besondere Beachtung verdient und vielleicht einen Wendepunkt in der Grundauffassung bedeutet, wie die Alliierten die wirtschaftliche Liquidation Oesterreichs einzurichten gedenken. Der Artikel sagt gerade heraus, daß es verhängnisvoll wäre, dem armen und vollkommen ruinierten Deutschösterreich die gesamten Kriegslasten und noch dazu die Vorkriegsschulden aufzubürden. Verhängnisvoll nicht nur für den Schuldner, sondern auch für die Gläubiger, verhängnisvoll ebenso für die Sukzessionsstaaten wie für die Entente, die Werte und Interessen genug in Deutschösterreich besitze.

Ihr Korrespondent hatte Gelegenheit mit einem der Finanzdelegierten über diesen Aufsatz zu sprechen. Dieser jagte: „Nicht was der Artikel im einzelnen auseinandersetzt, ist so wichtig, wie die Auffassung, die sich in ihm kundgibt. Er beweist, daß es den Sukzessionsstaaten vielleicht doch auf die Dauer unmöglich sein wird, das wahre Bild zu verschleiern. Er beweist, daß auch bei den Alliierten die Erkenntnis sich Bahn schafft, daß man uns nicht vernichten könne, ohne die Wirtschaft ganz Europas in arge Erschütterung zu versetzen. Besonderen Wert mißt die Delegation dem Argument zu, das, von französischer Seite vorgebracht, doppelt an Wert gewinnt, daß nämlich den Nationalstaaten auf ihr Argument, sie hätten unter der Gewalttherrschaft der Habsburger gestanden und dürften nun nicht nach ihrer Befreiung für alte Schulden, insbesondere für Kriegsschulden, verantwortlich gemacht werden, dasselbe geantwortet werden könne, was Clemenceau den Deutschen geantwortet hätte, als sie ihre Schuldenlosigkeit mit der Revolution begründeten. Und nun wird die bekannte Anschuldigung zitiert und erklärt, die Nationalstaaten hätten begeistert den Sieg gefeiert, wenn er nur gekommen wäre. Daß also hier die Nationalstaaten zum erstenmal als Kriegsteilnehmer mit uns gleichgestellt werden und daß ihnen von berufener Seite vorgehalten wird, es gehe nicht an, alle alten Verbindlichkeiten einfach abzustreifen. Das bedeutet für die deutschösterreichische Delegation, ganz abgesehen von dem entscheidenden sachlichen Argument, das sich kaum mehr wird widerlegen lassen nach so viel bitterer Kränkung, eine gewisse moralische Genugung. Als Staatskanzler Renner in seiner Rede anläßlich der Ueberreichung der Friedensbedingungen genau dieses Argument vorbrachte, geschah es, daß Dr. Amars seinen Unwillen durch eine abwehrende Bewegung kundgab. Zum erstenmal hören wir von alliierter Seite eine Stimme, die von der Notwendigkeit unserer Rettung spricht. Deutlich wird festgehalten, daß bisher nichts geschehen ist, um uns auf eigenen Füßen eine Lebensmöglichkeit zu bieten, so daß uns der Anschluß an Deutschland als einzige Rettung erscheinen mußte.“